

Beschlußempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/450, 10/500, 10/650 und 10/761
- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986
(Haushaltsgesetz 1986)

hier: Einzelplan 14 - Allgemeine Finanzverwaltung

Berichterstatter Abgeordneter Dautzenberg CDU

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 14 wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Anlage

Datum des Originals: 28.02.1986/Ausgegeben: 03.03.1986

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.

BerichtA Allgemeines

Der Entwurf des Einzelplans 14 wurde vom Haushalts- und Finanzausschuß am 24. Januar 1986, 20. Februar 1986 und abschließend am 27. Februar 1986 beraten.

B Ergebnis der Beratungen

I. Bei der Schlußberatung zur zweiten Lesung des Haushalts 1986 wurden von der SPD-Fraktion folgende Anträge gestellt:

1. Kapitel 14 020 - Allgemeine Bewilligungen

a) Titel 271 00 - Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland

Erhöhung des Ansatzes von 102 800 000 DM
um 7 250 800 DM
auf 110 050 800 DM

Begründung:

Mehreinnahmen in Anpassung an die Ist-Entwicklung der Vorjahre; Deckung für zusätzliche Ausgaben:

1. 2 100 000 DM bei Kapitel 14 020 Titel 542 00
2. 3 600 000 DM bei Kapitel 14 030 Titel 653 10
3. 1 550 800 DM zur Deckung der Mehrausgaben im Einzelplan 05,

Dieser Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

b) Titel 461 10 - Zur Deckung von Mehrausgaben bei den Personalausgaben in den Einzelplänen

Kürzung des Ansatzes von 2 075 700 DM
um 1 449 200 DM
auf 626 500 DM

Begründung:

Ansatzminderung zur Deckung von ausgabenausweitenden Anträgen der SPD-Landtagsfraktion im Einzelplan 05.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen.

- c) Titel 542 00 - Ausgleichsabgabe nach § 8 Schwerbehindertengesetz

Erhöhung des Ansatzes von 400 000 DM
um 2 100 000 DM
auf 2 500 000 DM

Begründung:

Ansatzserhöhung für die Ausgleichsabgabe nach § 8 des Schwerbehindertengesetzes in Anpassung an einen erwarteten Mehrbedarf.

Zu dieser Haushaltsstelle stellte die Fraktion der CDU einen gleichlautenden Antrag.

Dieser Antrag wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

2. Kapitel 14 030 - Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden

Ausbringung eines neuen Titels 653 10
mit der Zweckbestimmung "Einmalige Zuweisungen an den Kommunalverband Ruhrgebiet"
mit einem Ansatz von 3 600 000 DM.

Begründung:

Erstmaliger Ansatz für einmalige Zuweisungen an den Kommunalverband Ruhrgebiet für die Öffentlichkeitskampagne Ruhrgebiet.

In der Diskussion zu diesem Antrag vertrat der Sprecher der Fraktion der F.D.P. die Auffassung, daß sich die Worte "einmalig" und "erstmalig" in der Begründung zu diesem Antrag widersprüchen. Auf eine entsprechende Frage erklärte der Sprecher der SPD-Fraktion, er gehe grundsätzlich davon aus, daß sich die Zuwendung im nächsten Jahr nicht wiederholen werde und schlug vor, das Wort "einmalige" sowohl in der Zweckbestimmung als auch in der Begründung zu streichen.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der CDU im übrigen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. mit der Maßgabe angenommen, daß das Wort "einmalige" sowohl in der Zweckbestimmung als auch in der Begründung gestrichen wird.

II. Die Fraktion der CDU stellte folgende Anträge:

1. Kapitel 14 010 - SteuernErhöhung der Gesamteinnahmen des Kapitels

von	43 250 000 000 DM
um	303 000 000 DM
auf	43 553 000 000 DM.

Begründung:

Aufgrund der Steuerschätzung vom 11. und 12. November 1985 ist von Steuerermehreinnahmen von 653 000 000 DM auszugehen und nicht von nur 350 000 000 DM wie in der zweiten Ergänzungsvorlage des Finanzministers.

In der Diskussion zu diesem Antrag ergänzte der Sprecher der CDU-Fraktion die Begründung: Die CDU sei zuversichtlich, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung so dynamisieren werde, daß die Steuerschätzung vom November des Jahres 1985 durch die wirtschaftliche Entwicklung noch überholt werde. Insoweit sei der Antrag konsequent.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erwiderte, aus der Steuerschätzung vom November 1985 könnten angesichts der Steuermindereinnahmen des Jahres 1985, die mittlerweile mit über 490 000 000 DM feststünden, keine weiteren Mehreinnahmen von 303 000 000 DM für 1986 abgeleitet werden.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

2. Kapitel 14 020 - Allgemeine BewilligungenTitel 371 20 - Globale Mehreinnahmen in allen Einzelplänen

<u>Erhöhung</u> des Ansatzes	von 40 000 000 DM
	um 10 000 000 DM
	auf 50 000 000 DM

Begründung:

Der Ansatz des ursprünglichen Haushaltsentwurfs wird wiederhergestellt.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

3. Kapitel 14 030 - Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden

Titel 883 18 - Investitionspauschale

Verminderung des Ansatzes um 73 600 000 DM

Begründung:

Die Aufstockung um 73 600 000 DM (vgl. zweite Ergänzungsvorlage, Drucksache 10/650) wird rückgängig gemacht. Die Mittel werden entsprechend den Anträgen der CDU-Fraktion im Ausschuß für Kommunalpolitik und im Verkehrsausschuß verwendet.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

4. Kapitel 14 610 - Kapitalvermögen

Titel 912 00 - Abführung an die allgemeine Rücklage des Landes Nordrhein-Westfalen

Streichung des Titels und Auflösung der Rücklage in Höhe von geschätzten 53 000 000 DM.

Zu diesem Antrag erklärte der Sprecher der Fraktion der SPD: Aus der Vorlage des Finanzministers vom 26. Februar 1986 (10/295) gehe hervor, daß es nicht möglich sei, die Rücklage in diesem Umfang aufzulösen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

5. Kapitel 14 630 - Liegenschaftsvermögen

Titel 131 10 - Erlöse aus dem Verkauf unbeweglichen Vermögens

Erhöhung des Ansatzes um 10 000 000 DM
auf 10 000 000 DM

Begründung:

Veräußerung einer Teilfläche des landeseigenen Grundstücks Wallneyer Straße in Essen, Gemarkung Schuir für 5,6 Mio DM, der der Haushalts- und Finanzausschuß am

20. Februar 1986 zustimmte. Ein weiteres Grundstück im Werte von 4,4 Mio DM soll zur Haushaltssanierung verkauft werden.

Zu diesem Antrag erklärten Vertreter des Finanzministeriums, der Haushaltsvermerk zu diesem Titel beinhalte, daß die Erlöse aus dem Verkauf unbeweglichen Vermögens den Ausgabebetitel 821 00 (Erwerb von unbebauten und bebauten Grundstücken zur Deckung des Liegenschaftsbedarfs des Landes) verstärkten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

6. Kapitel 14 650 - Schuldenverwaltung

Titel 575 10 - Zinsen für Kapitalmarktmittel

Kürzung des Ansatzes von 5 945 450 800 DM
um 300 000 000 DM
auf 5 645 450 800 DM

Begründung:

Die günstige Zinsentwicklung erlaubt diese Ansatzverminderung.

Der Sprecher der SPD-Fraktion wies zu diesem Antrag darauf hin, daß nach einem in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses verteilten Schreiben des Finanzministers sich die Zinsentwicklung nicht so günstig darstelle und deshalb die Ansatzkürzung nicht gerechtfertigt sei.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

III. Zu nachstehender Haushaltsstelle stellten die Fraktionen der CDU und der F.D.P. folgende Anträge:

Kapitel 14 630 - Liegenschaftsvermögen

Titel 783 00 - Umbau des Ständehauses sowie der Gebäude Kronprinzenstr. 2, Reichsstr. 43 und 45 und Elisabethstr. 5 in Düsseldorf (Vorarbeitskosten)

Fraktion der CDU:

Kürzung des Ansatzes um 2 000 000 DM

Begründung:

Solange die Landesregierung noch kein Konzept für die künftige Nutzung der Landtagsgebäude hat, sind 500 000 DM als Planungskosten gerechtfertigt. Außerdem wird der Landtags erst frühestens im Herbst 1987 umziehen.

Fraktion der F.D.P.:

Kürzung des Ansatzes um 1 000 000 DM.

Begründung:

Eine Entscheidung über die spätere Nutzung ist noch nicht gefallen. Daher ist der Anstieg des Ansatzes von 100 000 DM im Jahre 1985 auf 2 500 000 DM im Jahre 1986 unbegründet.

Als Ergebnis der Diskussion zu diesen Anträgen wurde unter Zurückziehung der vorgenannten Anträge auf Anregung der Fraktion der SPD ein gemeinsamer Antrag der drei Landtagsfraktionen formuliert,

den Ansatz von 2,5 Millionen DM unverändert bestehen zu lassen und

einen Teilbetrag von 2 Millionen DM dieses Ansatzes mit einem qualifizierten Sperrvermerk zu versehen.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

In der Schlußabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Einzelplans 14 unter Einbeziehung der zuvor genannten Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. zur zweiten Lesung an.

Weiss
Vorsitzender

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1986

Einzelplan 14: Allgemeine Finanzverwaltung

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Anderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
14 020	<u>Allgemeine Bewilligungen</u>			
271 00	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland.....	102.800.000	+ 7.250.800	110.050.800
461 10	Zur Deckung von Mehrausgaben bei den Personalausgaben in den Einzelplänen (Haushaltsvermerke unverändert)	186.149.200	- 1.449.200	184.700.000
542 00	Ausgleichsabgabe nach § 8 Schwerbehindertengesetz	400.000	+ 2.100.000	2.500.000
14 030	<u>Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)</u>			
653 10 (neu)	Zuweisungen an den Kommunalverband Ruhrgebiet	-	+ 3.600.000	3.600.000
	<u>Haushaltsvermerk:</u>			
	1. Der Titel gehört nicht zum Steuerverbund			
14 630	<u>Liegenschaftsvermögen</u>			
783 00	Umbau des Ständehauses sowie der Gebäude Kronprinzenstr. 2, Reichsstr. 43 und 45 und Elisabethstr. 5 in Düsseldorf (Vorarbeitskosten)	2.500.000	-	2.500.000
	<u>Haushaltsvermerk:</u>			
	1. Die Ausgaben sind in Höhe von 2.000.000 DM gesperrt. Die Leistung dieser Ausgaben bedarf der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags.			
	<u>Abschluß Einzelplan 14:</u>			
	Gesamteinnahmen	51.567.312.900	+ 7.250.800	51.574.563.700
	Gesamtausgaben	20.075.610.100	+ 4.250.800	20.079.860.900
	Verpflichtungsermächtigungen	1.316.360.000	-	1.316.360.000